

REZENSION

Bernd Lorenz

Susen Sattler, Der Status quo der urheberrechtlichen Schranken für Bildung und Wissenschaft, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009, 228 Seiten

Das vorliegende Werk wurde im Sommersemester 2008 von der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Es widmet sich der kontrovers geführten Diskussion, inwieweit urheberrechtlich geschützte Werke ohne Einwilligung der Rechteinhaber in Schulen und Hochschulen genutzt werden können. Die Verfasserin untersucht die verfassungsrechtlichen, internationalen und europäischen Vorgaben und legt anhand dieser Vorgaben die nationalen Regelungen aus.

1 Problemstellung

In Bildung und Wissenschaft treffen die widerstreitenden Interessen von Nutzern und Rechteinhabern bei der Nutzung von Werken und Neuen Medien aufeinander. Auf der einen Seite stehen die Nutzer, die Werke lieber kopieren als kaufen. Bedingt durch die technische Entwicklung ist das Kopieren und Wiedergeben von Werken kostengünstig und einfach geworden. Auf der anderen Seite stehen die Rechteinhaber, die ihre Rechte verletzt sehen und über einen Absatzrückgang klagen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Nutzungshandlungen das geltende Urheberrecht erlaubt. Das Urheberrecht enthält Schranken, die die Nutzung von Werken in Bildung und Wissenschaft unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen. Die Verfasserin stellt diese Schranken dar und legt sie anhand der verfassungsrechtlichen, internationalen und europäischen Vorgaben aus.

2 Vorgaben

Die Verfasserin untersucht in den ersten beiden Kapiteln die verfassungsrechtlichen, internationalen und europäischen Vorgaben. In dem ersten Kapitel widmet sie sich verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten. Hier erläutert sie insbesondere, den Schutz des Urheberrechts durch die Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 GG und das Wohl der Allgemeinheit als Instrument der Rechtfertigung für die urheberrechtlichen Schranken. Im zweiten Kapitel stellt die Verfasserin die internationalen und europäischen Vorgaben dar. Dabei geht sie insbesondere auf den Dreistufentest ein, der die Zulässigkeit von urheberrechtlichen Schranken als Schranken-Schranke begrenzt.

3 Anwendungsgrundsätze

Im dritten Kapitel entwickelt die Verfasserin allgemeine Anwendungsgrundsätze für die nationalen Schranken. Dabei kommt sie mit überzeugenden Argumenten zu dem Ergebnis, dass die Schranken nicht zwingend eng ausgelegt werden müssen, wie dies die lange vorherrschende Ansicht annahm. Vielmehr sind die Schranken entsprechend ihrer Ratio auszulegen. Schließlich kommt die Verfasserin in überzeugender Weise zu dem Ergebnis, dass die Schranken auch analog auf neue Nutzungsvorgänge angewandt werden können.

4 Urheberrechtliche Relevanz

Im vierten Kapitel erläutert die Verfasserin die urheberrechtliche Relevanz der Nutzung geschützter Werke in Bildung und Wissenschaft. Dabei untersucht sie eingehend den Öffentlichkeitsbegriff des Urheberrechts. Dieser ist insofern von wichtiger Bedeutung als nur die öffentliche Wiedergabe von Werken einer Einwilligung des Urhebers bedarf. Nicht öffentliche Wiedergaben von Werken sind dagegen erlaubnis- und vergütungsfrei.

Die Verfasserin plädiert für eine Ausweitung des Öffentlichkeitsbegriffs. Sie vertritt die Auffassung, dass man in Schulen und Hochschulen generell von einer Öffentlichkeit ausgehen sollte. Andernfalls würden diese Bereiche von vorneherein den Schranken entzogen. Weiterhin sieht sie in einer vergütungsfreien Zugänglichmachung von Werken in Bildungseinrichtungen einen Verstoß gegen Art. 14 Abs. 1 GG.

5 Auslegung der nationalen Schranken

Im fünften Kapitel widmet sich die Verfasserin eingehend den nationalen Schrankenregelungen. Sie untersucht die bildungsrelevanten Schranken im deutschen Urheberrechtsgesetz. Mit interessanten Erwägungen legt sie die Schranken anhand der Vorgaben und der entwickelten Anwendungsgrundsätze aus. Im Einzelnen befasst sich die Verfasserin mit dem Schulbuchprivileg nach § 46 UrhG, mit Schulfunksendungen nach § 47 UrhG, mit öffentlichen Reden nach § 48 UrhG, mit Vervielfältigungen zum Unterrichts- und Prüfungsgebrauch nach § 53 Abs. 3 UrhG, mit der öffentlichen Wiedergabe audiovisueller Medien nach § 52 und der öffentlichen Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung nach § 52a UrhG.

Die Neuregelungen, die durch den Zweiten Korb des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft am 01.01.2008 in Kraft getreten sind, wurden in das Werk nicht aufgenommen. Durch den zweiten Korb wurden neue Schranken für Bildung und Wissenschaft in das Urheberrecht eingeführt. § 52b UrhG erlaubt die Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven. § 53a UrhG ermöglicht den Versand von Kopien durch öffentliche Bibliotheken. Die Verfasserin hat leider davon abgesehen, diese Neuregelungen in die Arbeit aufzunehmen. Dies wäre der Vollständigkeit halber wünschenswert gewesen.

6 Fazit

Das derzeitige Urheberrecht lässt aus Sicht der Verfasserin eine ausgewogene Balance zwischen den widerstreitenden Interessen vielfach vermissen. Die Interessen der Urheber würden vielfach nur unzureichend berücksichtigt. Vor allen Dingen finanzielle Interessen würden bei der Gestaltung des Urheberrechts eine Rolle spielen. Dem Staat ginge es bei dem Erhalt und der Ausweitung der urheberrechtlichen Schranken vordergründig um die Schonung der Haushaltskassen. Die Bildungseinrichtungen brauchen Werke nicht zu kaufen, wenn sie diese aufgrund der urheberrechtlichen Schranken vervielfältigen und wiedergegeben dürfen.

Die Verfasserin plädiert vor dem Hintergrund ihrer Erwägungen dafür umzudenken. Vervielfältigungen und Wiedergaben in Bildungseinrichtungen seien urheberrechtlich relevant. Aus diesem Grunde sei die Vorstellung, dass der Schulunterricht nicht öffentlich ist, überholt. Der Staat sollte sich über Lizenzmodelle Gedanken machen.

Das Werk ist eine hervorragende Arbeit zum Urheberrecht. Es versucht in treffender Weise eine Balance zwischen den widerstreitenden Interessen von Urhebern und Nutzern zu finden. Die Schlussfolgerungen der Verfasserin sind gut vertretbar.

Verf.: Rechtsanwalt und Fachanwalt für IT-Recht Dr. Bernd Lorenz, STS Schulz Tegtmeyer Sozien, Zweigertstr. 28–30, 45130 Essen, E-Mail: Lorenz@st-sozien.de